

Populistische Einstellungen nehmen zu

Infratest-Umfrage: Unzufriedenheit mit Demokratie wächst auch in der Mitte der Gesellschaft

BERLIN. Immer mehr Deutsche sind für populistische Parolen empfänglich. Gleichzeitig nimmt einer Umfrage zufolge die Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie hierzulande ab.

Das Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap hatte die Teilnehmer der repräsentativen Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung gefragt, ob sie der Aussage „Mit dem Funktionieren der Demokratie bin ich sehr zufrieden“ zustimmen. 59 Prozent der Befragten stimmten entweder vollständig oder zumindest

eher zu. Bei der gleichen Befragung im Vorjahr war der Wert noch deutlich höher (68 Prozent).

Die Autoren der Studie stellen fest, dass die Neigung zu populistischen Einstellungen zuletzt vor allem in der politischen Mitte zugenommen habe. Den Angaben zufolge ist aktuell jeder achte Wahlberechtigte, der sich selbst in der Mitte verortet, populistisch eingestellt. Im Vorjahr war es noch etwa jeder Neunte gewesen.

Als „Populist“ im Sinne der Studie gilt, wer acht Aussagen

über das Funktionieren von Staat und Gesellschaft zugestimmt hat. Dazu zählen Sätze wie „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ oder „Was man in der Politik „Kompromiss“ nennt, ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Verrat an den eigenen Ideen“.

Die AfD habe sich von einer Partei mit neoliberalen Zügen hin zu einer Partei des „nationalen Sozialprotektionismus“ entwickelt, sagte Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialfor-

schung, einer der beiden Autoren. Davon fühlten sich vor allem Wähler in der unteren Mittelschicht angesprochen.

Der SPD riet der Experte, den „Riss“ zwischen ihrer „kosmopolitischen Führungsspitze“ und den Kommunalpolitikern in Städten wie Duisburg zu kitten. Die SPD wolle den allmählichen Verlust ihrer Rolle als Volkspartei „nicht wahrhaben“, sagte Merkel. Auch die CDU sei „längst von diesem Verfallsvirus befallen“.

Wer den Trend hin zu populistischen Einstellungen ent-

gegenwirken wolle, müsse sich um eine gerechte und wirkungsvolle Sozialpolitik kümmern, erklärte die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele. Anstatt verschiedene soziale Gruppen gegeneinander auszuspielen, brauche es vielmehr eine „Umverteilung des Reichtums in Deutschland“.

Die Einschätzungen des Populismusbarometers basieren auf zwei Umfragen von Infratest Dimap von Mai und August, an denen jeweils rund 3400 Wahlberechtigte teilnahmen. (dpa/afp)